

- (A) versuche, unter scheinbarem Bezug zum Beihilferecht der Europäischen Kommission, eigene politische Ansichten in der Energiepolitik durchzusetzen.

## Anlage 16

### Zu Protokoll gegebene Reden

#### zur Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Soldatengesetzes (Tagesordnungspunkt 17)

**Julia Obermeier (CDU/CSU):** Wir alle haben die Pariser Terrornacht vom 13. November 2015 in Erinnerung

– verübt mit Sprengsätzen, Sturmgewehren und Handgranaten – trafen uns im Herzen Europas und offenbarten eine neue Dimension des Terrors.

Auch Deutschland steht im Fadenkreuz des Terrorism

d ischaft.

In islamistischen Kreisen gilt die professionelle militärische Schieß- und Gefechtsausbildung der Bundeswehr als besonders attraktiv, nicht nur für die Vorbereitung terroristischer Anschläge, sondern auch für den menschenverachtenden Dschihad in den von der IS-Terrormiliz kontrollierten Gebieten.

(B)

Dass die Bundeswehr für gewaltbereite Extremisten attraktiv ist, belegen Zahlen des Militärischen Abschirmdienstes, MAD: 30 ehemalige Soldaten sind nach Syrien oder in den Irak ausgewandert. Es liegt nahe, dass sie sich dem IS angeschlossen haben und sich an barbarischen Gräueltaten beteiligen.

Zudem wurden 20 Islamisten in der Bundeswehr vom MAD enttarnt, und aktuell werden mindestens 60 weitere Verdachtsfälle verfolgt.

Dies zeigt uns deutlich: Wir müssen die Gefahr des Missbrauchs der militärischen Bundeswehrausbildung eindämmen. Die bisherigen Maßnahmen reichen angesichts der Bedrohungslage nicht aus.

Bislang müssen Bewerberinnen und Bewerber, die sich für den Soldatenberuf entschieden haben, ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen. Zudem werden sie über das Grundgesetz belehrt und müssen sich schriftlich zu Verfassungstreue und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen.

Es wurde bisher nicht umfassend geprüft, ob ein Bewerber an anderer Stelle bereits als Extremist oder Gewalttäter bekannt ist.

Der vorliegende Gesetzentwurf soll dies nun ändern. Hat ein Bewerber das Auswahlverfahren erfolgreich durchlaufen, wird er einer einfachen Sicherheitsüberprüfung unterzogen.

Dieses bewährte Verfahren wird bereits bei anderen sicherheitsempfindlichen Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr angewendet – sowie auch im Luftverkehr oder hier im Bundestag. Hierzu werden insbesondere Informationen der Polizei- und Sicherheitsbehörden sowie des Bundeszentralregisters eingeholt und geprüft.

Bevor also jemand in der militärischen Grundausbildung lernen kann, wie man Kriegswaffen, zum Beispiel Sturmgewehre und Pistolen, gebraucht, schaut nun der MAD genau hin. Das ist wichtig und notwendig.

Zukünftig müssen etwa 20 000 Sicherheitsüberprüfungen zusätzlich durchgeführt werden. Um diese Arbeit stemmen zu können, brauchen der MAD und die anderen betroffenen Behörden mehr Personal. Das wird uns 8,2 Millionen Euro kosten. Doch das Geld ist eine kluge Investition. Potenzielle Terroristen und gewaltbereite Extremisten, egal welcher Prägung, haben keinen Platz in der Bundeswehr. Sie dürfen die Bundeswehr nicht als Ausbildungseinrichtung für ihre üblen Zwecke missbrauchen.

Bisher hat es in Deutschland noch keinen Anschlag gegeben, bei dem ein Terrorist den Umgang mit seiner Waffe in unseren Streitkräften erlernt und erprobt hat. Dies soll auch zukünftig so bleiben. Durch die Gesetzesänderung soll dies zu verhindern. Daher bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

**Bernd Siebert (CDU/CSU):** Der Deutsche Bundestag hat in seiner 199. Sitzung am Donnerstag, dem 10. November 2016, in erster Lesung über einen Gesetzentwurf zur Änderung des Soldatengesetzes beraten. Dieser wurde in der Folge zur weiteren Beratung in den Verteidigungsausschuss überwiesen.

Am 30. November hat schließlich der Verteidigungsausschuss

tion Die Linke hat mit Nein gestimmt.

Angesichts der im Verteidigungsausschuss geführten Debatte möchte ich auch hier im Deutschen Bundestag den Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere dem Militärischen Abschirmdienst, für ihren wertvollen und wichtigen Einsatz danken. Ohne die Arbeit des Militärischen Abschirmdienstes wäre manch radikalisierte Islamist noch unentdeckt und möglicherweise in der Lage, innerhalb unserer Streitkräfte oder an anderer Stelle Schlimmstes anzurichten. Es ist immer wieder in Erinnerung

litärische Abschirmdienst derzeit eine dreistellige Zahl extremistischer Verdachtsfälle überprüft. Darunter leider Rechts- und Linksextremisten sowie die genannten islamischen Extremisten. Von der Dunkelziffer ganz zu schweigen. Aus diesem Grund ist es folglich unerlässlich, eine gesetzliche Regelung herbeizuführen, die es erlaubt, Extremisten, Terroristen und weitere Kriminelle frühzeitig zu erkennen – idealerweise

(C)

(D)